

DAS NETZ DER GESELLSCHAFT

Warum das Gemeinwohl im
technologischen Wandel von der
digitalen Infrastruktur abhängt

Leonie Beining

ABSTRACT

Angesichts der Bedeutung des Internets für die gesellschaftliche Entwicklung, liegt auch die zugrundeliegende digitale Infrastruktur im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Defizite in der digitalen Infrastruktur haben im Zeitalter des technologischen Wandels das Potential, die Gesellschaft zu spalten. Diskurse zu Ausbau und Regulierung der Infrastruktur werden gegenwärtig vor allem zwischen Politik und Wirtschaft geführt und entsprechend durch wirtschaftliche Argumente geprägt. Zivilgesellschaftliche Akteure, die sich im Sinne des Gemeinwohls engagieren, sollten die Bedeutung des Themas erkennen und sich entsprechend einbringen. Die Gestaltungsweise der digitalen Infrastruktur wird das Zusammenleben in unserer Gesellschaft zunehmend prägen. Das Impulspapier soll eine Diskussionsgrundlage bieten, um über das Thema Gemeinwohl und digitale Infrastruktur ins Gespräch zu kommen.

EINLEITUNG

Wer sich im digitalen Zeitalter für gesamtgesellschaftliche Ziele einsetzt, muss verstehen, dass das Gemeinwohl und Glasfaser mehr gemeinsam haben als den Anfangsbuchstaben G.

Seit der Ausbreitung des Internets wird regelmäßig auf das enorme Potential digitaler Technologien für gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit verwiesen. Tatsächlich ist das Internet heute mehr als nur irgendein Netzanschluss. Von der unvorstellbaren Fülle an Informationen und Wissen, über die Austausch- und Kollaborationsmöglichkeiten bis hin zur Vielfalt an Waren, Dienstleistungen, besseren Verwaltungs- oder neue Gesundheitsdiensten, die zur Verfügung gestellt werden: Das Internet hat eine große Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung erlangt und ist aus der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen nicht mehr wegzudenken. Wenig überraschend erscheint da ein Urteil des Bundesgerichtshofs, in dem die Richter dem Internet eine zentrale Bedeutung für die Lebenshaltung bescheinigten.¹

Führt man sich den gesellschaftlichen Nutzen des Internets vor Augen, wird die Relevanz der dahinterliegenden digitalen Infrastruktur ersichtlich. Es ist schließlich die digitale Infrastruktur – die Funk- und Kabelnetze – die die Vorteile des Internets allen Teilen der Gesellschaft gleichermaßen zur Verfügung stellen kann. Bisher wird aber kaum berücksichtigt, dass die Sicherung des Gemeinwohls im Zeitalter der Digitalisierung zunehmend auch von der Verfügbarkeit dieser Infrastruktur abhängt. Diskurse zu Ausbau und Regulierung der Infrastruktur werden vor allem zwischen Politik und Wirtschaft geführt und entsprechend durch wirtschaftliche Argumente

¹ DIVSI, 2016, DIVSI Internet Milieus 2016. Die digitalisierte Gesellschaft in Bewegung, www.divsi.de/wp-content/uploads/2016/06/DIVSI-Internet-Milieus-2016.pdf; Briegleb, V., 2013, BGH: Bei Internetausfall besteht Anspruch auf Schadensersatz, www.heise.de/newsticker/meldung/BGH-Bei-Internetausfall-besteht-Anspruch-auf-Schadensersatz-1790928.html

geprägt. So kommt es zu Defiziten in der digitalen Infrastruktur, die sich auf gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit auswirken und das Potential haben, die Gesellschaft zunehmend zu spalten. Zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich als Fürsprecher gesamtgesellschaftlicher Belange verstehen, kommt hier eine wichtige Aufgabe zu. Sie könnten dazu beitragen, dass die digitale Infrastruktur, die zweifellos mit legitimen privatwirtschaftlichen Interessen behaftet, aber ebenso grundlegende Basis für unser Zusammenleben ist, so gestaltet wird, dass sie dem gesellschaftlichen Wohl und nicht nur mächtigen Einzelinteressen zugutekommt.

GESELLSCHAFTLICHE SCHLAGLÖCHER IN DER DIGITALEN INFRASTRUKTUR

Die digitale Infrastruktur dient dazu, den Nutzer über Computer oder mobile Endgerät wie Smartphones mit dem Internet zu verbinden. Funk- und Kabelnetze machen eine Datenübertragung möglich, erlauben es also Anfragen an eine Suchmaschine zu stellen oder Emails zu versenden. Der Blick auf die digitale Infrastruktur in Deutschland offenbart Schwachstellen, die verdeutlichen, dass gesellschaftliche Erwägungen bei der Ausgestaltung der Infrastruktur bisher eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Sie betreffen sowohl die tatsächliche Verfügbarkeit von Infrastruktur als auch die Regeln, die die Datenübertragung organisieren.

Auf der Ebene des Kabelnetzes sind das TV-Netz sowie das Telefon-Netz die beiden dominierenden Technologien, um eine Verbindung mit dem Internet herzustellen. Da beide Netze auf alten und begrenzt leistungsfähigen Kupferkabeln basieren, wurde angesichts des gestiegenen Bedarfs eine Ausrüstung nötig, um die Durchleitung größerer Datenmengen zu ermöglichen. Dieser Breitbandausbau ging in den letzten Jahren vor allem im Telefonnetz nur schleppend voran.² Beim Telefonnetz setzt man zudem auf das Vectoring, um mehr Leistung aus den alten Kupferkabeln herauszuholen. Allerdings übersteigt der Bedarf an Übertragungskapazitäten bereits heute das, was Kupferkabel leisten können um ein Vielfaches. Es ist daher unklar, wie das Vectoring zukünftig den angesichts der rasant steigenden Datenmengen notwendigen Spielraum bieten soll.³ Im ländlichen Raum, wo die Distanzen zwischen Verteilerkasten und dem privaten Hausanschluss bisweilen groß sind, machen Kupferkabel zudem Probleme, da ihre Leistungsfähigkeit mit jedem Meter merklich abnimmt. Leistungsfähiger ist die Glasfaser, deren Ausbau – gerade im ländlichen Raum – sehr teuer ist. Andere europäische Länder, wie z. B. Finnland oder Schweden, setzen beim Breitbandausbau trotzdem flächendeckend auf diese Technologie. Da in Deutschland vor allem Ballungsgebiete mit Glasfaser versorgt sind, bestehen große regionale Ungleichheiten. Dabei wäre eine leistungsfähige Infrastruktur gerade auf dem Land essenziell, um den ländlichen Raum auch zukünftig attraktiv

² Die Bundesregierung hat als Ausbauziel 50 mbit/s bis 2018 ausgegeben.

³ WIK-Consult, 2016, FTTB/H-Netze für Deutschland: Relevanz, Treiber und Trends, www.vatm.de/index.php?elD=tx_nawsecuredl&u=0&g=0&t=1484142970&hash=c7b3b19999c81d9ebffba0829d37bc78ce7e8b9e&file=fileadmin/publikationen/studien/2016/WIK_Studie_FTTB_H_Netze_f%C3%BCr_Deutschland_29.06.2016.pdf

zu gestalten: Die Gesundheitsversorgung und die Anbindung an einen wachsenden digitalen Arbeitsmarkt sowie an Bildungs- oder Kulturangebote könnten z. B. sichergestellt und eine wachsende gesellschaftliche Kluft zwischen Stadt und Land verhindert werden.⁴

Geht man über Mobilfunk ins Internet, verbindet sich das mobile Endgerät über Funk mit einem Sendemast, der wiederum über ein Kabel ans Internet angeschlossen ist. Davon abgesehen, dass die Leistung des Funkmastes so ebenfalls von der Qualität der Kabelverbindung abhängt, handelt es sich bei Mobilfunk um ein sog. geteiltes Medium. Das hat jeder schon mal erlebt, der bei einer Großveranstaltung das Handy nutzen wollte: Befinden sich viele Menschen in einer Funkzelle und versuchen auf den jeweiligen Sendemast zuzugreifen, müssen sie sich die Bandbreite teilen, was zu Lasten der Leistung geht. Für die Internetversorgung im ländlichen Raum bedeutet das beispielsweise, dass Mobilfunk von der Kapazität her vielleicht für einzelne Gehöfte, nicht aber für ein ganzes Dorf reichen würde. Darüber hinaus ist Mobilfunk in Deutschland, insbesondere im europäischen Vergleich, sehr teuer⁵. Man müsste für das notwendige Datenvolumen tief in die Tasche greifen, wollte man all das, was man mittlerweile online erledigt, über das mobile Internet abwickeln. Zwar wird der Mobilfunk von Zeit zu Zeit als Alternative für den ländlichen Breitbandausbau gehandelt, für den Nutzer wäre dies aus wirtschaftlicher Perspektive gegenwärtig aber gar nicht tragfähig. Der gleichberechtigte Zugang zum Internet für alle endet auf diese Weise mit den finanziellen Möglichkeiten Einzelner.

Weitere Fallstricke bestehen auf Ebene der Regulierung der digitalen Infrastruktur. So unterliegt die digitale Infrastruktur verschiedenen Regeln, die ihre Nutzung und den Umgang mit ihr bestimmen. An zwei Beispielen lässt sich zeigen, wie einseitige Regulierungen der Infrastruktur einem gesamtgesellschaftlichen Nutzen zuwiderlaufen können. Die sogenannte WLAN-Störerhaftung, die Anbieter offener Netze für rechtliche Vergehen der Nutzer verantwortlich macht, dazu geführt, dass es hierzulande im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine verschwindend geringe Zahl offener WLANs gibt.⁶ Dabei könnten offene WLANs an öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Gebäuden ein zusätzlicher Weg sein, den Zugang zum Internet für alle auszubauen. Davon profitieren sowohl diejenigen, die aufgrund ihrer Arbeitsverhältnisse keinen festen Standort oder eigenes Büro haben, als auch Menschen, die finanziell nicht in der Lage sind, sich einen eigenen Zugang zu leisten. So gibt es gegenwärtig Initiativen, um offene WLANs

4 Landsberg, G. 2015, Wege zur flächendeckenden Breitbandversorgung, DStGB Position, www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Schwerpunkte/Breitbandinfrastruktur/Aktuelles/Wege%20zur%20fl%C3%A4chendeckenden%20Breitbandversorgung/Positionspapier%20Breitband%202015.pdf

5 Für die unterschiedlichen Mobilfunkpreise vgl. <http://dfmonitor.eu/>. Die hohen Kosten sind u.a. in der Versteigerung der Funkfrequenzen begründet. Bemerkenswert ist dabei, dass die Erlöse aus der Versteigerung wieder in den Breitbandausbau zurückfließen, während sich die Mobilfunkunternehmen ihre Aufwendungen für die Versteigerung bei ihren Kunden – also den Bürgern – über hohe Gebühren zurückholen.

6 Verband der deutschen Internetwirtschaft, 2014, Verbreitung und Nutzbarkeit von WLAN, WLAN-Zugangspunkten sowie öffentlicher Hotspots in Deutschland, www.eco.de/wp-content/blogs.dir/eco-microresearch_verbreitung-und-nutzung-von-wlan1.pdf

in Flüchtlingsunterkünfte zu bringen.⁷ Die Störerhaftung, die trotz jüngster Gesetzesinitiativen zurzeit weiter fortbesteht⁸, verhindert die Ausbreitung von offenen Netzwerken, die den Zugang zum Internet für alle ermöglichen würde.

Ein anderes Beispiel sind die Regelungen zur Netzneutralität. Dabei geht es um die Frage, wie viel Einfluss Netzbetreiber auf den Datenverkehr ihrer Kunden haben und Inhalte bestimmter Anbieter bevorzugen oder benachteiligen dürfen. Ohne festgeschriebene Netzneutralität könnten sich zahlungskräftige Anbieter, z. B. von Messenger- oder Streamingdiensten, gegen eine Gebühr beim Netzbetreiber eine bevorzugte Datenübertragung erkaufen.⁹ Die Netzbetreiber hätten dann kein Interesse mehr, das Netz weiter auszubauen, da sie die knappen Übertragungskapazitäten beim Endnutzer zu Geld machen können. Wäre das Netz des Internetproviders leistungsfähig genug – z. B. durch Glasfaserausbau – wäre eine Ungleichbehandlung von Datenpaketen gar nicht notwendig. Hinzu kommt, dass nicht-kommerzielle Anbieter bei fehlender Netzneutralität gegenüber größeren Playern benachteiligt würden, da die sich eine zusätzliche Gebühr viel eher leisten können. Indem der Grundsatz der Netzneutralität die Privilegierung von Daten verbietet, schafft sie die Voraussetzung für ein offenes, vielfältiges und vor allem gleichberechtigtes Internet.

GEMEINWOHL UND DIGITALE INFRASTRUKTUR — THE MISSING LINK

Angesichts dessen, dass das Internet immer mehr Möglichkeiten bietet, mit denen man Zeit einsparen, Geld verdienen, den Alltag organisieren, für die Gesundheit vorsorgen oder sich weiterbilden kann, liegen die gesellschaftlichen Konsequenzen der aufgezeigten Defizite in der digitalen Infrastruktur klar auf der Hand. Wenn die nötige Infrastruktur nicht allen gleichermaßen zur Verfügung steht, schließt das Teile der Bevölkerung von Vorzügen und Erträgen der Digitalisierung aus. Je weiter die Digitalisierung voranschreitet und in Bereiche des täglichen Lebens vordringt, desto größer ist das Risiko, dass neue gesellschaftliche Gerechtigkeitsprobleme entstehen. Nicht nur die gesellschaftliche Teilhabe des Einzelnen wird dann erschwert. Auch die Zukunftsfähigkeit von Regionen steht auf dem Spiel, mit allen Auswirkungen, die dies wiederum für das soziale Gefüge im ganzen Land hat.

In Zeiten tiefgreifender technologischer Veränderungen fängt Chancengerechtigkeit bei der digitalen Infrastruktur an. Um digitale Infrastruktur gemeinwohlorientiert zu gestalten, damit sie allen Bürgern gleichermaßen

7 Dabei handelt es sich in vielen Fällen um sog. Freifunk-Initiativen: Karabasz, I., 2015, Der schwierige Kontakt zur alten Welt, www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/wlan-fuer-fluechtlinge-der-schwierige-kontakt-zur-alten-welt/12366146.html

8 Dachwitz, I., 2016, Wirtschaftsministerium will offenbar bei WLAN-Störerhaftung nachbessern, <https://netzpolitik.org/2016/wirtschaftsministerium-will-offenbar-bei-wlan-stoererhaftung-nachbessern/>

9 Wie z. B. Abmachungen zwischen der Telekom und Spotify oder Telefonica und WhatsApp zeigen, vgl. Steinschaden, J., 2014, Zwei-Klassen Internet als Nachteil für Start-ups, www.netzpiloten.de/netzneutralitaet-zwei-klassen-internet-als-nachteil-fur-europaische-start-ups/

offensteht und Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen ermöglicht, sind verschiedene Dimensionen wichtig:

Die grundsätzliche *Verfüg- und Bezahlbarkeit* muss sichergestellt sein. Es bedarf eines leistungsfähigen Zugangs, der flächendeckend zu angemessenen Konditionen zur Verfügung steht. Wenn sich am Geldbeutel entscheidet, ob man an ausreichend performantes Internet angebunden ist, wandert soziale Benachteiligung am Ende auch ins Netz. Andere europäische Ländern wie z. B. Estland und Finnland haben sogar bereits ein Recht auf schnelles Internet gesetzlich verankert.¹⁰

Elementar ist darüber hinaus ein *diskriminierungsfreier Zugang* zum Internet, der sicherstellt, dass Zugangsanbieter keinen Einfluss darauf nehmen, welche Dienste und Inhalte dem Nutzer zur Verfügung stehen. Nur so kann sich der Nutzer selbstbestimmt im Internet bewegen. Die Netzneutralität stärkt nicht nur die Chancengerechtigkeit für kleine Anbieter im Internet, sondern ist auch eine Voraussetzung für Vielfalt und Wahlfreiheit für den Nutzer.

Auf Ebene der Infrastruktur gilt es, Mindeststandards bezüglich *Datenschutz und Privatsphäre* einzuhalten. Technisch sind Internetprovider in der Lage, die Surfgewohnheiten von Nutzern gänzlich zu erfassen. Insbesondere der Trend, die Daten für neue Geschäftsmodelle zu nutzen oder zu verkaufen, um z. B. Verkehrsaufkommen oder Kundenströme in Einkaufszentren zu prognostizieren¹¹, unterstreicht die Notwendigkeit umfassender Datenschutzregeln. Wenn für die Freigabe von Daten Vergünstigungen beim Internettarif winken, wie es von Telekommunikationsunternehmen bereits angekündigt wurde, käme das außerdem einem Zwei-Klassen-Datenschutz gleich.¹²

Des Weiteren gilt, dass Infrastrukturangebote für alle Nutzer *verständlich und nachvollziehbar* sein sollten. Es ist wichtig, transparent zu machen, was Angebote leisten, welche Voraussetzungen gelten oder wie sich Gebühren der Infrastrukturnutzung zusammensetzen.¹³ Gleichzeitig braucht es aber auch die *Kompetenz* und die Fähigkeit der Nutzer, mit der Infrastruktur und den sich bietenden Möglichkeiten selbstbestimmt umzugehen.

BEITRAG AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT

Bislang sind es vor allem privatwirtschaftliche Akteure, die gemeinsam mit der Politik die Rahmenbedingungen für die Gestaltung der digitalen

¹⁰ Wilde, J., Internet – ein Menschenrecht?, <http://politik-digital.de/news/internet-ein-menschenrecht-5329/>

¹¹ Berke, J., 2016, Konzern will in Deutschland Bewegungsdaten seiner Mobilfunkkunden verkaufen, www.wiwo.de/unternehmen/it/telefonica-konzern-will-in-deutschland-bewegungsdaten-seiner-mobilfunkkunden-verkaufen/14581658.html,

¹² Siehe Fn. 11 oder auch: <https://netzpolitik.org/2016/mobilfunkbetreiber-telefonica-macht-jetzt-daten-seiner-kunden-zu-geld/>

¹³ Der Bundestag hat im Dezember 2016 eine Transparenzverordnung beschlossen, die für eine klarere Information der Nutzer u.a. über Vertragslaufzeiten und Qualität des Internetanschlusses sorgen soll, vgl. www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=791528.html

Infrastruktur definieren.¹⁴ Entsprechend groß ist ihr Einfluss auf eine Technik, die unser Zusammenleben als Gesellschaft zunehmend prägt und im Ergebnis finden vor allem privatwirtschaftliche Interessen Eingang in die Infrastrukturgestaltung. Es gibt einige Initiativen aus der digitalen Zivilgesellschaft, die sich für eine gemeinwohlorientierte digitale Infrastruktur einsetzen¹⁵. Mangelndes technisches Grundwissen und die Dynamik des technologischen Wandels sind derzeit jedoch wirkungsvolle Hürden für ein breiteres und zielgerichtetes gesellschaftliches Engagement. Dabei hat die Zivilgesellschaft bereits eine Reihe wichtiger Instrumente an der Hand, mit denen sie sich für eine gemeinwohlorientierte Infrastrukturgestaltung einsetzen könnte.

Zunächst können zivilgesellschaftliche Akteure als politische *Agenda-Setter* fungieren und gegenüber politischen Entscheidungsträgern auf die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von digitaler Infrastruktur aufmerksam machen. Durch Studien, Konferenzen oder öffentlichkeitswirksame Kampagnen gelingt es der Zivilgesellschaft regelmäßig, wichtige Themen in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Der bisher stark privatwirtschaftlich dominierte Infrastrukturdiskurs würde so sinnvoll ergänzt.

Darüber hinaus treten zivilgesellschaftliche Organisationen als *Netzwerker und Vermittler* auf. In dieser Rolle können sie Dialog ermöglichen und die Leute an einen Tisch bringen, die sich bisher kaum austauschen. Durch strategische Partnerschaften und Zusammenarbeit mit Stakeholdern aus dem Infrastruktursektor kann es gelingen, die Gemeinwohlperspektive praktisch voranzubringen. Eine Möglichkeit ist z. B. auch die Vernetzung von Akteuren unterschiedlicher Kommunen, um Erfahrungen und Best Practices in der gemeinwohlorientierten Gestaltung von Infrastruktur auszutauschen.

Der *Sensibilisierung* aller Teile der Gesellschaft wird im Zuge des digitalen Wandels und den damit einhergehenden Veränderungen eine entscheidende Bedeutung zukommen. Dabei gilt es, gemeinsam gesellschaftliche Bedürfnisse und Ansprüche an die Gestaltung der digitalen Infrastruktur auszuloten. Es gehört aber auch dazu, Bürger auf Anforderungen, die mit der Nutzung digitaler Infrastruktur verbunden sind, vorzubereiten. Die Zivilgesellschaft kann hier eine wichtige Übersetzungsarbeit leisten und sich für eine höhere digitale Kompetenz der Bürger einsetzen. Nur eine mündige Bevölkerung wird den Gemeinwohlforderungen letztendlich die nötige Stoßkraft verleihen.

Entscheidend ist, dass zivilgesellschaftliche Akteure die sich verändernden Rahmenbedingungen ihres gesellschaftlichen Engagements verstehen und den digitalen Wandel als Handlungskontext mitdenken. Sobald sie sich innerhalb des zweifellos komplexen Themengebiets verortet haben, sollten

14 Zum Beispiel im Rahmen der Netzallianz, ein am BMVI angesiedelter Arbeitskreis der Telekommunikationsindustrie, vgl. www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Netzallianz/netzallianz.html

15 U.a. der Förderverein freie Netzwerke e.V., <https://freifunkstattangst.de/>; siehe auch die europaweite Kampagne zur Netzneutralität Save the Internet, die von zahlreichen Organisationen der netzpolitischen Zivilgesellschaft getragen wurde, <https://www.savetheinternet.eu/>

gemeinwohlorientierte Akteure strategisch darüber nachdenken, wie sie ihre Kompetenzen einbringen können, um zum Beispiel auf die Bedeutung der digitalen Infrastruktur für das Gemeinwohl aufmerksam zu machen.

FAZIT

Das Gemeinwohl hängt im digitalen Zeitalter von der Verfügbarkeit digitaler Infrastruktur ab. Sie ist eine zentrale Voraussetzung, um gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit in der digitalen Gesellschaft sicherzustellen. Eine Infrastruktur, bei deren Gestaltung dies als Maxime berücksichtigt wird, kann darüber hinaus einen Beitrag zu einer positiven gesamtgesellschaftlichen Entwicklung leisten. So würde eine gemeinwohlorientierte Infrastruktur Wege eröffnen, um anhaltende gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen: Durch leistungsfähiges Internet entstehen geeignete Home-Office-Möglichkeiten und damit Chancen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Telemedizin kann die zunehmend eingeschränkte Gesundheitsversorgung auf dem Land ergänzen und die Lebensumstände im ländlichen Raum verbessern. Gleichzeitig verhindert eine flächendeckende leistungsfähige Infrastruktur neue soziale Ungerechtigkeiten, wenn z. B. alle Schüler gleichermaßen auf digitale Bildungsangebote zugreifen können.

Der gesellschaftliche Nutzen einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur ist nicht hoch genug zu bewerten. Dabei ist auch klar: Die Glasfaser – als Symbol für eine gemeinwohlorientierte Infrastruktur – löst nicht alle Probleme. Vielmehr stellt die fortschreitende Digitalisierung die Gesellschaft vor zahlreiche weitere Herausforderungen, die zukünftig gemeinsam bewältigt werden müssen. Die digitale Infrastruktur ist aber die notwendige Bedingung, damit die digitale Transformation überhaupt gelingen und vor allem zum Wohle aller realisiert werden kann.

Angesichts der hohen Regulierungsdichte, die das Themenfeld auszeichnet, ist es vor allem Aufgabe der Politik, den Ausbau der digitalen Infrastruktur entsprechend voranzutreiben. In demokratischen Gesellschaften sind aber die Stimmen der Zivilgesellschaft grundlegend, um proaktiv eine starke Gemeinwohlperspektive in politische Aushandlungsprozesse einzubringen. Deswegen darf die technische und regulative Komplexität des Gebiets der digitalen Infrastruktur zukünftig kein Vorwand sein, sich nicht mit den gesellschaftlichen Implikationen der digitalen Infrastruktur zu beschäftigen.

Will man sich als Vertreter der Zivilgesellschaft auch im digitalen Zeitalter im Sinne des Gemeinwohls für gesamtgesellschaftliche Belange einsetzen, gehört es dazu, sich neuen Themen und Fragen zu stellen. Die digitale Infrastruktur ist ein Beispiel dafür, wie sich der Kontext für gemeinwohlorientiertes Handeln ändern kann. Für zivilgesellschaftliche Akteure gilt es, diese Veränderungen in den Blick zu nehmen und das eigene Selbstverständnis als gemeinwohlorientierter Akteur neu zu justieren.

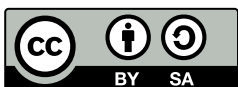
IMPRESSUM

Stiftung Neue Verantwortung e. V.
Beisheim Center
Berliner Freiheit 2
10785 Berlin
www.stiftung-nv.de

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
bertelsmann-stiftung.de

Design: Jan Klöthe
www.jankloethe.de

Layout: Jan Klöthe



Dieser Beitrag unterliegt einer CreativeCommons-Lizenz (CC BY-SA). Die Vervielfältigung, Verbreitung und Veröffentlichung, Veränderung oder Übersetzung von Inhalten der Stiftung Neue Verantwortung, die mit der Lizenz „CC BY-SA“ gekennzeichnet sind, sowie die Erstellung daraus abgeleiteter Produkte sind unter den Bedingungen „Namensnennung“ und „Weiterverwendung unter gleicher Lizenz“ gestattet. Ausführliche Informationen zu den Lizenzbedingungen finden Sie hier: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

STIFTUNG NEUE VERANTWORTUNG

Neue Technologien verändern Gesellschaft. Dafür brauchen wir rechtzeitig politische Antworten. Die Stiftung Neue Verantwortung ist eine unabhängige Denkfabrik, in der konkrete Ideen für die aktuellen Herausforderungen des technologischen Wandels entstehen. Um Politik mit Vorschlägen zu unterstützen, führen unsere Expertinnen und Experten Wissen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammen und prüfen Ideen radikal.

BERTELSMANN STIFTUNG

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich für eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ein. Sie engagiert sich in den Bereichen Bildung, Demokratie, Gesellschaft, Gesundheit, Kultur und Wirtschaft. Durch ihr Engagement will sie alle Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Die 1977 von Reinhard Mohn gegründete, gemeinnützige Einrichtung hält die Mehrheit der Kapitalanteile der Bertelsmann SE & Co. KGaA. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet operativ und ist unabhängig vom Unternehmen sowie parteipolitisch neutral.

ÜBER DAS PROJEKT

In den Digitalisierungsdebatten sind gemeinnützige Akteure weit weniger aktiv als in den klassischen Politikfeldern. Vielen Stiftungen, Vereinen und Verbänden scheint weder ausreichend bewusst zu sein, wie wichtig digitalpolitische Weichenstellungen mittlerweile für das Gemeinwohl sind, noch welche strategischen Interventions- und Handlungsmöglichkeiten es für sie gibt. In Deutschland fehlt es an Räumen, in denen gemeinwohlorientierte Lösungsansätze entwickelt werden. Für einen gemeinwohlorientierten Diskurs möchten wir diese Räume schaffen und die relevanten Akteure des Dritten Sektors zur Teilnahme an einem Austausch und zur Entwicklung eigener Beiträge aktivieren. Im Rahmen einer Workshopreihe diskutieren wir anhand prägender Themen einer digitalisierten Gesellschaft – von digitaler Infrastruktur über Big Data und Algorithmen bis hin zu Plattformen als Gestaltungsform der digitalen Sphäre – wie sich Vertreter des gemeinnützigen Sektors einbringen können, um gemeinwohlorientierte Lösungen im digitalen Zeitalter zu fördern.

So erreichen Sie die Autorin:

Leonie Beining

lbeining@stiftung-nv.de

T +49 (0) 30 81 45 03 78 81

